

„PAKT FÜR WETTBEWERBSFÄHIGKEIT“

# Merkels Plan für Europas Wirtschaftspolitik

Kanzlerin Angela Merkel vollführt eine Kehrtwende in ihrer europäischen Wirtschaftspolitik. Doch was steckt hinter der geplanten gemeinsamen Wirtschaftsregierung? Was bedeutet der „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“? Und hat er überhaupt Chancen umgesetzt zu werden?

VON PHILIPP VETTER

München – Noch gibt es den Plan offiziell gar nicht, der derzeit in Berlin und Brüssel für Wirbel sorgt. Bisher hat Kanzlerin Angela Merkel (CDU) ihren „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ nur EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso vorgestellt. Heute will sie wohl die 26 anderen Staats- und Regierungschefs beim EU-Gipfel in Brüssel einweihen. Auf der Tagesordnung steht das Papier zwar nicht, stattdessen geht es um Energie und Innovationen. Aber am Rand des Treffens wird Merckels Vorstoß das entscheidende Thema sein.

Die Kanzlerin will mit ihrem Pakt verhindern, dass sich die Euro-Krise ausweitet oder wiederholt. Was sie anbietet, ist ein großes Tauschgeschäft: Deutschland stimmt weiteren Garantien für den Euro-Rettungsschirm nur zu, wenn die anderen Staatschefs dafür Merckels Pakt annehmen. Der sieht vor, dass die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Euro-Staaten einander angeglichen wird. Zwar sollen sich alle 27 Mitgliedstaaten der EU dem Pakt anschließen können, im Fokus stehen aber die 17 Länder mit der Gemeinschaftswährung.

Da Merckels Papier bislang offiziell nicht vorliegt, muss man sich derzeit auf das verlassen, was der „Spiegel“ herausgefunden hat. Bisher sickerte durch, dass die Kanzlerin ordentlich aufs Tempo drücken will. Schon in den nächsten zwölf Monaten soll das Renteneintrittsalter in den Euro-Staaten angeglichen werden, außerdem sollen alle Länder eine Schuldenbremse nach



F. REUTERS

deutschem Vorbild einführen, die verhindert, dass die Mitgliedstaaten ihre Haushalte durch hohe Defizite finanzieren. Nationale Bildungs- und Berufsabschlüsse sollen gegenseitig anerkannt werden, und für die Unternehmenssteuern will Merkel ebenfalls eine einheitliche Höhe vereinbaren. Das richtet sich insbesondere gegen Irland, das mit einer vielgescholtenen „Dumping“-Steuer von nur 12,5 Prozent versucht, Unternehmen anzulocken. Auch mit Lohnsteuersystemen, die sich an der Inflationsrate orientieren, wie es sie beispielsweise in Belgien gibt, soll Schluss sein.

Jeder Staat müsse „sich an den jeweils besten Praktiken orientieren, um die Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Zone insgesamt zu verbessern“, heißt es laut „Spiegel“ in Merckels Plan. Doch hier beginnen die Probleme. Denn wer soll festlegen, was die besten Praktiken sind? Ginge es nach Mer-

kel, würden sich wohl alle Euro-Staaten an Deutschland orientieren. Doch es ist mehr als fraglich, ob die anderen Mitglieder da mitziehen. Es müsste wohl eine europäische Wirtschaftsregierung geschaffen werden, die gemeinsamen Ziele festlegt. Doch dafür müssten die Nationalstaaten wie bei jedem Schritt der europäischen Integration ein Stück Souveränität aufgeben. Auch Deutschland gäbe dann das Heft aus der Hand. Würden sich in der Wirtschaftsregierung andere Interessen durchsetzen, müsste auch Deutschland seine Politik ändern.

Noch schwieriger ist die Frage, was passiert, wenn sich ein Land nicht an die Regeln hält? Was mögliche Sanktionen angeht, bleibt Merckels Plan offenbar vage. Dabei ist dies der Knackpunkt. Denn einen Stabilitäts- und Wachstumspakt, der auch eine Art Schuldenbremse enthält, gibt es ja bereits. Eigentlich darf die jährli-

che Neuverschuldung der Euro-Länder maximal drei Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes betragen. Doch Verstöße gegen diese Regel werden nicht sanktioniert. Frankreich und Deutschland setzten 2003 durch, dass die Strafen nicht verhängt werden – weil beide Länder sonst selbst betroffen gewesen wären.

Eine der entscheidenden Fragen ist daher, wie Merckels Pakt ein ähnliches Aufweichen verhindern will. Offenbar ist in dem Papier von einer sogenannten „Peer Pressure“ die Rede. Damit ist gemeint, dass sich Staats- und Regierungschefs an die vereinbarten Ziele halten, um im Kollegenkreis nicht schlecht dazustehen. Ob dieser Druck dem möglicherweise gegenläufigen Druck heimischer Wähler standhalten könnte, erscheint derzeit sehr fraglich.

Doch zunächst müssten sich die Staats- und Regierungschefs erst einmal einigen, Merckels Wirtschaftsregierung

überhaupt einzuführen. Das ist alles andere als sicher. Frankreich hat Zustimmung signalisiert, Italien bereits Skepsis geäußert. Ein Sprecher der EU-Kommission sagte, der Pakt sei unnötig, weil Brüssel bereits alle vorgeschlagenen Änderungen behandle. Man müsse „das Rad nicht neu erfinden“.

Doch die Kritik kommt längst nicht nur aus dem Ausland. Die SPD bemängelt, dass Merckels Plan keine gemeinsamen Ziele gegen Dumpinglöhne enthält, die FDP sieht die Angleichung der Unternehmenssteuer kritisch. Überwiegend Zustimmung signalisiert hingegen die Wirtschaft. „Dass wir eine engere Kooperation im Wirtschaftsbereich brauchen, ist unbestreitbar“, sagte beispielsweise Deutsche Bank-Chef Josef Ackermann.

Ganz anders sehen das die Gewerkschaften. Die Bundesregierung startete mit ihrem Pakt „einen ideologischen Frontalangriff auf die Arbeitnehmer-

## Spanier haben Bedenken

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ist mit ihren Vorschlägen zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in Spanien auf Bedenken gestoßen. Die Kanzlerin hatte dafür geworben, die Löhne dann zu erhöhen, wenn die Unternehmen Gewinne erzielt hätten. Demgegenüber betonte der spanische Arbeitsminister Valeriano Gómez, Spanien habe gute Erfahrungen damit gemacht, Lohnerhöhungen an die Inflationsrate zu binden. Der spanische Arbeitgeberverband erklärte: „Eine Bindung an die Produktivität ist eher ein deutsches Thema.“ Merkel wurde zu Beginn ihres Spanien-Besuchs zusammen mit ihrem spanischen Amtskollegen José Luis Rodríguez Zapatero (siehe Foto) von König Juan Carlos im Zarzuela-Palast empfangen. Anschließend standen Beratungen mit Zapatero im spanischen Regierungssitz auf dem Programm.

F. REUTERS

rechte in Europa“, sagte Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes DGB. Merckels Vorschlag gehe zu Lasten der Beschäftigten in Europa. „Deutschland darf seine Politik der sozialen Kälte nicht den anderen europäischen Ländern überstülpen“, so Sommer. Er sehe in den Vorschlägen der Kanzlerin den Versuch, die Tarifautonomie infrage zu stellen. „Vor diesem Schritt kann ich die Kanzlerin nur warnen – wir werden uns das im Grundgesetz festgeschriebene Recht auf Tarifautonomie nicht nehmen lassen.“ Auch die deutsche Schuldenbremse dürfe man nicht auf Europa übertragen, da sonst das Wachstum abgewürgt werde. Die Schuldenbremse wäre „nur zu einem hohen Preis umzusetzen: dem Zusammenbruch des öffentlichen Lebens. Damit wird Europa insgesamt weiter destabilisiert“, prophezeit Sommer.

## HINTERGRUND ZUM EU-GIPFEL

Die Stabilisierung des Euro wird beim EU-Gipfel am heutigen Freitag in Brüssel eine wichtige Rolle einnehmen. Es geht um ein Gesamtpaket, mit dem weitere Krisen verhindert werden sollen. Dieses Gesamtpaket soll allerdings erst beim nächsten regulären Gipfel am 24. und 25. März unter Dach und Fach gebracht werden. Hier die wichtigsten Punkte:

### Wirtschaftsregierung

Die Bundesregierung pocht auf die Einführung einer Wirtschaftsregierung, um die Unterschiede bei der Wettbewerbsfähigkeit zu vermindern und den Druck auf Sozialreformen zu erhöhen. Diese Wirtschaftsregierung soll die Chefs der 17 Euro-Länder umfassen. Länder, die den Euro erst noch einführen und bei dem Vorhaben mitziehen wollen, sind eingeladen, dies zu tun (siehe Artikel rechts). Das Projekt wird von Kanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy beim Gipfel erstmals vorgestellt werden. Auf Details hat sich Berlin bisher nicht festgelegt. Falls die beiden Schwergewichte der Eurozone bei dem Vorhaben einen langen Atem beweisen, könnte es durchgesetzt werden, meinen Diplomaten.



Nicolas Sarkozy, Frankreichs Staatspräsident, ist diesmal Angela Merckels Verbündeter.

### Rettungsfonds

Das tatsächliche Volumen für Hilfskredite soll steigen. Wegen hoher Sicherheitsleistungen können bisher nur rund 250 Milliarden Euro an klemme Eurostaaten ausgeliehen werden, obwohl der Umfang des Fonds 440 Milliarden Euro beträgt. Debattiert werden unter anderem höhere Garantiesummen.

### Anleihenkauf

In der Debatte ist, dass der Euro-Rettungsfonds („European Financial Stability Facility“, EFSF) Staatsanleihen von Wackelkandidaten kaufen könnte. Eine weitere Option ist die Möglichkeit eines Anleihenrückkaufs. Dabei würde ein Land vom EFSF günstige Kredite erhalten, um seine Anleihen zurückzukaufen und damit seinen Schuldenberg abzutragen.

### Rückzahlungsfristen

Um Schuldensünder zu entlasten, könnten Rückzahlungsfristen für Finanzspritzen gestreckt und die Zinsen für Kredite gesenkt werden.

### Stabilitätspakt

Das Gesamtpaket enthält auch ein Bekenntnis zur Verschärfung des Euro-Stabilitätspakts. Das bedeutet, dass Schuldensünder schneller und härter bestraft werden. Entsprechende Vorschläge vom vergangenen Herbst werden bereits in den EU-Gremien beraten; die Gesetze sollen spätestens bis Juni unter Dach und Fach sein.

### Krisenmechanismus

Dieser soll von 2013 an stehen, dazu soll sogar der EU-Vertrag ergänzt werden. Beim März-Gipfel soll es dauerhafte Festlegungen zu diesem Krisenmechanismus geben. Das wurde bereits fest vereinbart.

## „Die Wirtschaftsregierung wäre ein ganz großer Schritt“

Für Europa-Experte Werner Weidenfeld führt kein Weg an einer europäischen Wirtschaftsregierung vorbei. Wir sprachen mit dem Münchner Politologen über Lernprozesse in Europa, den Muster-schüler Deutschland und Helmut Kohls Gespür für das richtige Timing:

■ **Kanzlerin Angela Merkel kämpft für eine gemeinsame europäische Wirtschaftsregierung, um die EU künftig vor Währungskrisen zu schützen. Was halten Sie von den Plänen?**

Eine europäische Wirtschaftsregierung ist unausweichlich. Diese Forderung gibt es übrigens seit 1992, als im Maastricht-Vertrag die Wirtschafts- und Währungsunion gegründet wurde. Damals konnten sich die EU-Staaten darauf jedoch nicht einigen. Das Projekt wurde immer wieder vertagt. Solange beim Euro die Schönwetterphase anhält, war der Druck natürlich gering, endlich eine politische Umrahmung für die Gemeinschaftswährung zu beschließen.

■ **Es brauchte also eine Jahrhundert-Krise, um die EU auch in der Wirtschaftspolitik stärker zusammenrücken zu lassen?**

So deutlich würde ich es nicht sagen. Aber richtig ist:

Solche Krisen befördern einen gewissen Lernprozess.

■ **Kritiker warnen vor einer gefährlichen Zentralisierung. Deutschland würde wichtige Kompetenzen aus der Hand geben.**

Mit dieser Argumentation dürfte es auch keine gemeinsame Währung geben. In dem Moment, in dem Deutschland Kompetenzen auf EU-Ebene überträgt, muss es dafür auch einen politischen Rahmen geben. Es darf keinen freischwebenden Euro geben. Die eigentliche Frage lautet: Warum wurde nicht bereits 1992 eine Wirtschaftsregierung beschlossen?

■ **Das Ziel ist äußerst ehrgeizig: Binnen zwölf Monaten sollen die Euro-Länder bei Steuern, Renten und Löhnen stärker zusammenarbeiten. Ist das überhaupt realistisch?**

Die Einrichtung einer Wirtschaftsregierung wäre ein ganz großer Schritt. Das geht natürlich nicht innerhalb weniger Monate. Aber die Erfahrung hat gezeigt: Ohne einen ambitionierten Zeitplan lassen sich solche Ziele überhaupt nicht realisieren.

■ **Wie schnell rechnen Sie mit einer Einigung?**

Das lässt sich kaum abschätzen. Ich bin allerdings optimistisch und sage 18 Monate.



Werner Weidenfeld, Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität in München, gilt als renommiertester Europa-Experte. Der 63-Jährige hat einst auch Alt-Kanzler Helmut Kohl beraten.

■ **Merkel will die Rente mit 67 und die Schuldenbremse auf EU-Ebene umsetzen. Drückt Deutschland damit den anderen EU-Staaten seine Standards auf?**

In Dänemark steigt das Rentenalter auf 71 Jahre. Ich glaube nicht, dass wir jemandem etwas aufdrücken.

■ **Und die Schuldenbremse?**

Die Frage der Neuverschuldung ist geradezu schicksalhaft für die gemeinsame Währung. Sonst kann jeder nach Belieben Schulden machen.

Die deutsche Schuldenbremse ist daher ein gutes Modell. Man muss allerdings sagen: Auch Deutschland hat sich nicht immer als Musterschüler verhalten. So wurde auf deutsch-französischen Druck 2003 der Stabilitätspakt aufgeweicht.

■ **Schärfere Regeln nutzen wenig ohne entsprechende Sanktionen. Wer soll diese letztendlich durchsetzen?**

Natürlich muss es Sanktionen geben. Ob Sanktionen gegen einen Staat verhängt werden, können nur die bestehenden Gremien wie etwa der Ministerrat entscheiden. Eine neue Institution aufzubauen, halte ich für wenig hilfreich.

■ **Was macht Sie so optimistisch, dass die Kriterien nicht wieder aufgeweicht werden?**

Ich gehe davon aus, dass Europa aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt hat. Allein aus Eigeninteresse werden die EU-Staaten die Stabilitätskriterien strenger überwachen. Die Krise hat gezeigt, dass sich bereits die Überschuldung von kleineren Staaten wie Griechenland oder Irland rasch zum Flächenbrand entwickeln kann. Jeder hat sich doch gefragt: Was passiert, wenn es einen großen Staat wie Spanien

trifft? Wenn Europa dann nicht handlungsfähig ist, wird es ganz schwierig.

■ **Mit ihrem Vorstoß will Merkel auch die Finanzmärkte beruhigen. Scheitern ihre Pläne, dürfte das Vertrauen endgültig verloren sein.**

Das ist richtig. Gibt es keine Einigung, werden die Märkte reagieren.

■ **Was heißt das?**

Sie verlieren das Vertrauen in den Euro. Der Euro würde in sich zusammenbrechen und seinen Status als Weltwährungsreserve verlieren. Die europäische Wirtschaft wäre dann vollkommen abhängig vom Dollar.

■ **Der Pakt soll allen EU-Staaten offenstehen, doch viele werden nicht mitziehen. Droht ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“?**

Ich gehe davon aus, dass alle Euro-Staaten mitmachen. Bei den Nicht-Euro-Staaten ist der Druck, sich zu beteiligen, dagegen nicht so hoch. Ich sehe das aber nicht als Problem. Eine differenzierte Integration ist unausweichlich. Europa kann nicht auf den Letzten warten. Das beste Beispiel dafür, dass es bereits unterschiedliche Geschwindigkeiten bei der Integration gibt, ist der Euro. Er gilt auch nicht in allen EU-Staaten.

■ **Bisher hat die Kanzlerin eine stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitik stets abgelehnt. Warum vollzieht sie jetzt die Kehrtwende?**

Anfang der 90er-Jahre hat die Bundesregierung eine stärkere wirtschaftliche und politische Kooperation unterstützt. Allerdings hat Deutschland rasch gemerkt, dass es in Frankreich eine ganz andere Vorstellung von Wirtschaftspolitik gibt. Paris hat beispielsweise die Unabhängigkeit der Notenbank infrage gestellt. Die Bundesregierung fürchtete, dass eine europäische Wirtschaftsregierung von Frankreich dominiert würde. Daher wurden entsprechende Vorstöße zurückgewiesen. Erst die Finanzkrise hat dazu geführt, dass Merkel die politische Notwendigkeit erkannt hat.

■ **Kritiker werfen Merkel in der EU-Krise Zaudern vor.**

Das ist falsch. Kanzlerin Merkel hat ein gutes Gespür für das richtige Timing. Es war absolut richtig, in der Griechenland-Krise zunächst den Druck auf Athen zu erhöhen. Dieses Gespür hat Merkel von Alt-Kanzler Helmut Kohl. Bei ihm wurde dies oft als Aussitzen von Problemen missinterpretiert.

Interview: Steffen Habit